

Brief aus Straßburg

an die Mandats- und Funktionsträger
in Bayern von Markus Ferber, MdEP

Ausgabe Januar 2017



Antonio Tajani ist neuer Präsident des Europäischen Parlaments

Antonio Tajani hat sich als Kandidat der Fraktion der Europäischen Volkspartei für das Präsidentenamt in einer Stichwahl gegen den Sozialisten Gianni Pittella durchgesetzt. Tajani erhielt 351 Stimmen, Pittella 282. Der 63-Jährige wird Nachfolger des deutschen Sozialdemokraten Martin Schulz, der in die Bundespolitik wechselt. „In Zeiten wie diesen brauchen wir einen Präsidenten, der die Mehrheit des Parlaments gegenüber dem Rat und der Kommission vertritt, nicht sich selbst, wie es Martin Schulz leider zu oft versucht hat. Antonio Tajani wird ein sehr guter Parlamentspräsident sein und seine Rolle als überparteilicher Sprecher hervorragend erfüllen“, so Markus Ferber.

Ferber kritisiert Reformpläne zur EU-Finanzierung

Eine Expertengruppe unter Leitung des früheren italienischen Ministerpräsidenten Mario Monti hat eine tiefgreifende Reform der EU-Finanzierung vorgeschlagen. Markus Ferber kritisiert die Vorschläge, fordert eine effizientere Ausgabenpolitik und warnt vor mehr Belastung für Deutschland. Zu den Monti-Vorschlägen zählen unter anderem eine CO2-Steuer, ein höherer Anteil an den Mehrwertsteuereinnahmen der Mitgliedstaaten, ein Anteil an der Körperschaftssteuer sowie an der

geplanten Finanztransaktionssteuer. Diese Einnahmen sollen direkt in den EU-Haushalt fließen. Markus Ferber warnt vor den Folgen der Umverteilung: „Am Ende werden finanzstarken Mitgliedstaaten mit einem hohen Steueraufkommen die Rechnung zahlen müssen. Die Monti-Vorschläge bedeuten nichts anderes als, dass die Bundesrepublik Deutschland einen noch größeren Nettobeitrag schultern müsste.“

Brexit-Pläne werden langsam konkret

Die britische Premierministerin Theresa May hat in ihrer Rede den Willen zu einem klaren Bruch mit der EU bekräftigt. Als ein „Wunschkonzert“ bezeichnet Markus Ferber die Vorstellungen darüber, wie der Austritt und die künftige Beziehung zur EU aussehen sollen. Die Premierministerin strebt ein Freihandelsabkommen mit der EU an, dass nach den zwei Jahren Austrittsverhandlung bereits stehen soll. „Diesen Wunsch halte ich für ziemlich unrealistisch. Das Vereinigte Königreich hat schlichtweg gar nicht die personellen Ressourcen, um ein komplexes Freihandelsabkommen in so kurzer Zeit auszuhandeln. Das gilt umso mehr, wenn das entsprechende Fachpersonal parallel mit den Austrittsverhandlungen beschäftigt ist. In den vergangenen Jahrzehnten haben alle EU-Mitgliedstaaten ihre Handelsabkommen von der EU-Kommission auszuhandeln lassen. Insofern fehlt

es in den nationalen Verwaltungen schlichtweg an erfahrener Personal“, so Ferber. Außerdem hat er auch kein Verständnis für die Andeutungen, das Vereinigte Königreich könnte künftig zur Steueroase Europas werden: „Das Vereinigte Königreich hat sich auf Ebene der G-20 und bei der OECD zum Kampf gegen Steuerhinterziehung und aggressive Steuerplanung verpflichtet. Wenn sich die Briten nicht vollkommen aus der internationalen Gemeinschaft verabschieden möchten, sollte sie sich an diese Verpflichtungen auch halten.“ Abschließend betonte Ferber: „Die britische Regierung wäre gut beraten, sich noch einmal in Erinnerung zu rufen, wer hier wen verlassen möchte.“

Malta übernimmt Ratsvorsitz

Am 1. Januar hat Malta turnusgemäß für sechs Monate den EU-Ratsvorsitz von der Slowakei übernommen. In Straßburg hat Premierminister Joseph Muscat das Europäische Parlament über die wichtigsten Themen der kommenden sechs Monate informiert. Dazu gehören die Bewältigung der Flüchtlingskrise, den weiteren Ausbau des digitalen Binnenmarkts und das Thema der inneren und äußeren Sicherheit Europas. „Unter maltesischer Ratspräsidentschaft kommt es darauf an, bereits vereinbarte Maßnahmen umzusetzen, wie beispielsweise das Gemeinsame Europäische Asylsystem“, betont Markus Ferber.



www.markus-ferber.de
E-Mail: info@markus-ferber.de

